

Stellungnahme BI Borsdorf/Schwickartshausen zum Bericht im Kreis-Anzeiger vom 16.07.2015
„Windräder in Ranstadt verhindern“

Die in den Debatten getätigten Aussagen von SPD und Grünen können nicht unkommentiert bleiben. Wir konnten lesen, dass die Stadt versucht habe, das Verfahren transparent zu halten und die Bürger zu beteiligen.

Wie transparent dieser Versuch war und dass er gründlich danebengegangen ist, sieht man allein an der Tatsache, dass sich mittlerweile drei Bürgerinitiativen gegründet haben. In Schwickartshausen haben sich bei einer Unterschriftenaktion weit mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten gegen Windräder im Raumertswald ausgesprochen. Borsdorf hatte ebenso eine große Resonanz beim betroffenen Kirchwald und in Wallernhausen kündigt sich ähnliches an. Wir können nur nochmals betonen, dass weder die Grünen noch die SPD bisher jemals auf die Vertreter der Bürgerinitiativen zugekommen sind. Für uns grenzt das schon an Ignoranz gegenüber den Bürgern. Die Vertreter dieser Parteien reden von Akzeptanz in der Bevölkerung, sie ignorieren aber deren Ängste und Befürchtungen, besonders gesundheitliche Auswirkungen durch Infraschall werden einfach weggewischt. Natur- und Artenschutz spielen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Beide Parteien versuchen einfach nur mit aller Macht Windvorrangflächen in Nidda auszuweisen. Und das obwohl bereits im Jahr 2013 das Regierungspräsidium ganz klar hervorgehoben hat, die von Nidda angestrebten Flächen seien aus artenschutzrechtlicher Sicht aus der Planung herausgenommen worden.

Nidda müsse den Nachweis in tiefergreifenden Untersuchungen erbringen, warum diese Gebiete trotz Artenschutzproblematik für Windkraft geeignet seien. Dies ist bisher nicht gelungen. Allerdings wurden bis dato ca. 100.000 Euro dafür ausgegeben. Ein nicht nachzuvollziehender Umgang mit Geldern Niddaer Bürger, die erst jetzt wieder rückwirkend mit Steuererhöhungen zur Kasse gebeten werden. Bei uns entsteht der Eindruck, dass manchem Stadtverordneten dieser beiden Parteien die vorstehende Artenschutzproblematik gar nicht bekannt ist. Wenn es in Nidda nun mal nur eine kleine geeignete Windvorrangfläche gibt, dann sollte man das einfach irgendwann auch akzeptieren.

Die vom Bau- und Planungsausschuss-Vorsitzenden Kaiser getätigte Aussage, dass die Planungshoheit bei den Kommunen liege, ist zwar richtig, in dem konkreten Fall aber nicht ganz zutreffend. Vielmehr sollte ihm bekannt sein, dass nach Aufstellung des derzeit in Planung befindlichen Regionalplans die kommunalen Flächennutzungspläne an die **übergeordnete Raumplanung** anzupassen sind. In Anbetracht der Tatsache, dass es momentan in Nidda Sonderbauflächen für Windenergie gibt, wäre es falsch, nun übereilt einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen, den man ggf. spätestens in 2 Jahren wieder ändern/anpassen muss.

Im Übrigen ist es schon dreist, Asylbewerber aus afrikanischen Ländern vor den Karren des Klimawandels zu spannen.

Auch die Aussage von Herrn Stadler (Grüne), der FNP von 2007 sei eine Verhinderungsplanung ist nicht korrekt, denn dann wäre er durch das RP Darmstadt nicht genehmigt worden. Zumal der derzeitige Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan aus 2010 keine Aussagen zur Windenergienutzung trifft. Dass der Druck auf Nidda wachse, falls in Wölfersheim eine Windvorrangfläche verkleinert würde, werten wir als rein spekulativ.